

Beschlussantrag:

Selbstbestimmung für Süd-Tirol.

Am 6. Mai 2021 fanden in Schottland Parlamentswahlen statt, bei denen die Unabhängigkeitsbefürworter die Mehrheit der Stimmen erzielen konnten. Die schottische Regierung hat daraufhin angekündigt, umgehend mit London in Verhandlungen treten zu wollen, um ein neues Selbstbestimmungs-Referendum durchzuführen. Nach dem Brexit wollen immer mehr Schotten die Unabhängigkeit von Großbritannien und fordern ihr Recht ein, selbst über die eigene Zukunft zu bestimmen. Auch in Nord-Irland mehren sich die Stimmen nach Abhaltung eines Referendums, um damit die Einheit Irlands wiederherzustellen.

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker erfährt dadurch in ganz Europa Auftrieb und öffnet auch anderen Regionen die Tür zur Abhaltung einer Volksabstimmung, um frei und demokratisch über die eigene Zukunft zu entscheiden.

Auch die Europäische Union tritt damit in eine neue Phase der politischen Entwicklung, in der es um die innere Erweiterung und Neuausrichtung von Regionen geht. Das Europa des 21. Jahrhunderts ist nicht mehr ein Europa der Nationalstaaten, die an den Grenzen der Weltkriege festhalten, sondern ein Europa der selbstbestimmten Völker und Regionen, in dem unter dem gemeinsamen Dach der Union Regionen ihre staatliche Zugehörigkeit wechseln, neue Staaten bilden oder sich zu grenzüberschreitenden Regionen mit souveränen Befugnissen zusammenschließen können.

Auch für Süd-Tirol sind diese Entwicklungen richtungsweisend. Bereits am 8. Oktober 2014 hat der Süd-Tiroler Landtag mit großer Mehrheit folgenden Beschluss gefasst:

1) zu unterstreichen, dass Südtirol gegen den Willen der Bevölkerung vom Vaterland Österreich abgetrennt wurde und bezeichnet die unfreiwillige Angliederung Südtirols an Italien als Unrecht.

2) sich zu den UN-Menschenrechtspakten zu bekennen und bekräftigt das in Artikel 1 verankerte Selbstbestimmungsrecht der Völker auch für Südtirol.

Dem Beispiel Schottlands folgend, sollte daher auch Süd-Tirol mit der italienischen und der österreichischen Regierung in Verhandlungen treten, um die Abhaltung eines freien und demokratischen Selbstbestimmungs-Referendums für Süd-Tirol zu erwirken.

Aus diesem Grunde stellen die Gefertigten den

Antrag:

Der Süd-Tiroler Landtag fordert die Landesregierung auf:

1. Der Süd-Tiroler Landtag begrüßt die friedlichen Unabhängigkeitsbestrebungen in Europa und spricht sich im Rahmen der Weiterentwicklung der Europäischen Union für die Abhaltung von Volksabstimmungen aus, damit Regionen – im Sinne des Selbstbestimmungsrechts der Völker – frei und demokratisch über ihre staatliche Zugehörigkeit und ihre politische Zukunft entscheiden können.
2. Der Süd-Tiroler Landtag fordert die Landesregierung auf, mit der italienischen und der österreichischen Regierung in Verhandlungen zu treten, um ein Selbstbestimmungs-Referendum in Süd-Tirol durchzuführen.

L.-Abg. Sven Knoll.



L.-Abg. Myriam Atz-Tammerle.

